

Soll man den Zugang zum Welthandel beschränken, um damit die Teilnahme aller Länder an der „Klimarettung“ zu erzwingen? Diese „Waffe“ wird schon bei Verhandlungen um Handelsabkommen eingesetzt. Aber sie zerstört gegenseitige Handelsvorteile, ohne etwas Nachhaltiges für die Umwelt zu bewirken.

Außenhandel und „Klimarettung“

22. Juni 2017, Gerd Held

Jürgen Kaube hat in der FAZ-Sonntagszeitung vom 13.12.2015 versucht, im Anschluss an einen Vortrag des Ökonomen William Nordhaus, die Vernunft einer globalen Klimapolitik ganz prinzipiell zu begründen. Er schreibt:

„Die Ökonomie des Klimawandels ist die Ökonomie der Trittbrettfahrerei. Ein Trittbrettfahrer ist jemand, der andere die Kosten seines Handelns übernehmen lässt... Der Ökonom William Nordhaus von der Yale University in den Vereinigten Staaten...hat in seiner diesjährigen Rede als Präsident der 'American Economic Association' darauf hingewiesen, dass das Klima als globales öffentliches Gut besonders anfällig für diese Art der Schädigung aller ist. Denn die üblichen Techniken zur Bekämpfung von Trittbrettfahrerei – Verbote, Steuern, Marktregulierungen – sind von einem staatlichen Akteur abhängig und stehen unter transnationalen Bedingungen nicht zur Verfügung. Nordhaus spricht vom 'Westfälischen Dilemma', womit er die Folge des Westfälischen Friedens von 1648 meint, Staaten als souverän, ausgestattet mit gleichen Rechten und dazu berechtigt zu begreifen, Interventionen von außen abzuwehren. Alle internationalen Verabredungen sind jedoch freiwillig. Die Kosten einer Klimapolitik fallen national an, die Erträge streichen alle ein. Und also gibt es Trittbrettfahrer.“

„Wieso sind beispielsweise militärische Bündnisse stabil, aber Klimakonventionen nicht? Ökonomisch betrachtet, sind militärische Allianzen Klubs...In Klubs wird ein Gut unter seinen Mitgliedern geteilt und durch Beiträge finanziert. Nur wer sich an diese Finanzierungsregeln und andere hält, kommt in den Genuss der Produktion. Für die Mitglieder ist die produzierte Leistung ein öffentliches Gut, für alle Nichtmitglieder ein privates, von dem sie ausgeschlossen werden...Analog dazu wäre ein Klima-Klub also ein Vertrag zwischen Nationalstaaten, der die Mitglieder des Klubs auf Emissionsreduktionen verpflichten würde, etwa durch einen festgelegten Mindestpreis der entsprechenden Kohlenstoff-Substanzen...Wichtig wäre zunächst vor allem, dass es sich um wenige Mitglieder handelt, weil nach Auskunft der ökonomischen Theorie nur Koalitionen mit wenigen Teilnehmern stabil sind...Wie kann man also eine Koalition bilden, die stabil ist und gleichzeitig viele Mitglieder hat?“

„Der Schlüssel zum Erfolg eines Klima-Klubs, schreibt Nordhaus, läge in seiner Fähigkeit, Nationen, die ihm nicht beitreten, zu bestrafen...Nordhaus schlägt deshalb vor, dass die Klubmitglieder besondere Zölle auf die Exportgüter derjenigen Nationen erheben, die sich an der Emissionsreduktion nicht beteiligen...“

Die Argumentation von Kaube enthält zwei Elemente: Zum einen wird das „Weltklima“ als öffentliches Gut bezeichnet, dass konsequenterweise einer übergreifenden, ordnenden Hand bedürfe. Zum anderen wird die Schwierigkeit unterstrichen, eine Nichtteilnahme am kollektiven „Klimaschutz“ zu sanktionieren. Die Argumentation unterstellt, dass sich aus einem groß-

räumlichen Problem (dem Klimawandel) automatisch ein großräumliches Handeln (eine grenzübergreifende politische Intervention und Instanz) ergeben muss.

Immanuel Kants Überlegungen zum Weltfrieden

An dieser Stelle macht es Sinn, sich daran zu erinnern, dass ein ähnlich globales Thema – der Weltfrieden – schon einmal vor gut zwei Jahrhunderten sehr grundlegend erörtert wurde: von dem Philosophen Immanuel Kant. Er folgt der Schlussfolgerung „globales Problem – globale Regierung“ nicht, sondern kommt zu einer pluralistischen Lösung: Auf Grund des fundamentalen Eigeninteresses jedes einzelnen Staates, die Opfer eines Krieges zu vermeiden, neigen sie von sich aus zur Friedenserhaltung. Eine wichtige Bedingung ist allerdings, nach Kant, dass die Staaten Republiken sein müssen und damit diejenigen, die die Kriegsfolgen tragen müssen, auch die sind, die über Krieg oder Frieden entscheiden. Weil er von einem inneren Interesse solcher Staaten ausgeht, kommt er auch bei einem so globalen Thema wie dem Weltfrieden ohne die äußere Macht einer höheren Hand (ohne Weltpolizisten) aus. Er kommt also auch ohne eine „Friedens-Kartell“ aus, wie es (als „Klima-Kartell“) von William Nordhaus vorgeschlagen wird. Er sieht kein prinzipielles „westfälisches Dilemma“ bei der Erhaltung des Weltfriedens.

Aber hören wir Kant einfach mal zu. Kant schreibt über die natürliche **innere** Scheu einer Republik zum Eingehen von Kriegen (Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. In: Werkausgabe Bd. XI, S.205f, Frankfurt/M. 1996):

„Wenn (wie es in dieser Verfassung nicht anders sein kann) die Beistimmung der Staatsbürger dazu erfordert wird, um zu beschließen, `ob Krieg sein solle oder nicht`, so ist nichts natürlicher, als dass, da sie alle Drangsale des Krieges über sich selbst beschließen müssten (als da sind: selbst zu fechten; die Kosten des Krieges aus ihrer eigenen Habe beizugeben; die Verwüstung, die er hinter sich lässt, kümmerlich zu verbessern; zum Übermaße des Übels endlich noch eine, den Frieden selbst verbitternde, nie (wegen naher immer neuer Kriege) zu tilgende Schuldenlast selbst zu übernehmen), sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen.“

„Da hingegen in einer Verfassung, wo der Untertan nicht Staatsbürger (ist), die also nicht republikanisch ist, es die unbedenklichste Sache von der Welt ist, weil das Oberhaupt nicht Staatsgenosse, sondern Staatseigentümer ist, an seinen Tafeln, Jagden, Lustschlössern, Hof-festen u.d.gl. durch den Krieg nicht das Mindeste einbüßte, diesen also wie eine Art Lustpartie aus unbedeutenden Ursachen beschließen, und der Anständigkeit wegen dem dazu allzeit fertigen diplomatischen Korps die Rechtfertigung desselben gleichgültig überlassen kann.“

Das ist eine interessante Veränderung der Problemstellung: Ein öffentliches Gut (hier: der Frieden) besteht nur soweit, wie die Bürger vom Krieg direkt betroffen sind und daher nur im äußersten Notfall in ihn einwilligen. Demnach klappt es also mit der Westfälischen Ordnung (dem Staatenpluralismus), wenn die Staaten innerlich so geordnet sind, dass die vom Krieg potentiell Betroffenen Einfluss auf die Beschlüsse haben. Es bedarf dann gar keiner übergeordneten weltpolitischen Intervention und Instanz, die die Staaten in ihrer Freiheit einschränkt und von außen in die Pflicht nimmt.

Ein irriges Problemkonstrukt: Das „Weltklima“ und seine „Trittbrettfahrer“

Man muss hier aber auch die Frage stellen, ob der Begriff des „öffentlichen Gutes“ beim Weltklima nicht unsachgemäß gebraucht wird. Dieser Begriff ist ja ein tückischer Begriff, weil er eine Eindeutigkeit suggeriert, die meistens nicht gegeben ist. Oft sind nur einige, we-

nige Aspekte und Eigenschaften eines Gutes „öffentlich“. Das gilt insbesondere für „Umweltgüter“. Luft, Wasser, Boden, Energie haben ganz unterschiedlich starke Wirkungszusammenhänge auf verschiedenen Raumebenen. Es gibt lokale, regionale, nationale, kontinentale und erdumspannende Zusammenhänge. Ist das globale Klima überhaupt als ein einziges „Gut“ definierbar? Die Auswirkungen des Klimawandels sind bekanntlich sehr unterschiedlich auf der Erde. Das Bild des „Treibhauses“, in das der ganze Erdenkreis gemeinsam gleichsam „eingesperrt“ ist und einer gemeinsamen „Überhitzung“ ausgesetzt ist, ist eine extreme Vergrößerung des Sachverhalts. Und wenn tatsächlich einmal globale Wetterereignisse im strikten Sinn eintreten würden, die alle stark betreffen würden, so würde - nach Immanuel Kant - der Anteil, den jedes Land von einem solchen Ereignis erleiden würde, dazu reichen, dass er Maßnahmen ergreift. Nachweislich funktioniert dies System der Eigenverantwortung durchaus beim Küstenschutz oder beim Hochwasserschutz an Flussläufen mit mehreren Anrainerstaaten.

Zugleich wird auch der Begriff „Trittbrettfahrer“ hier fragwürdig. Hat die Weltklima-Politik eventuell gar kein „Trittbrettfahrer“-Problem? Liegen die Schwierigkeiten, zu Maßnahmen zu kommen, nicht vielleicht daran, dass „Weltklima“ eine viel zu komplexe Größe ist? Und daran, dass ihre Reduktion auf eine Temperatur-Höhe und auf Maßnahmen gegen die CO₂-Emissionen viel zu abstrakt und mechanisch sind? Der Unterschied zwischen denen, die CO₂-Emissionen reduzieren wollen, und denen, die es nicht wollen, ist nicht der zwischen egoistischen Trittbrettfahrern und „global verantwortlichen“ Weltbürgern, sondern zwischen denen, die es sich ohne große Verluste leisten können, und denen, die das nicht können.

Deutschland als „Mustermitglied“ im Klimaclub hat viele energieintensive Teile seiner Produktion in andere Länder ausgelagert. Und es hat sich – durch den Atomausstieg – einen Schritt erlaubt, der mit allen möglichen Technologie-Ängsten zu tun hatte, aber nicht mit der CO₂-Reduktion. Mit dem Atomausstieg wurde sogar eine Verschlechterung der CO₂-Bilanz hingenommen. Das spricht für die These, dass bei den Anhängern einer Weltklima-Politik eine Kartell-Logik am Werk ist, mit der die Entwicklung von Konkurrenten gehemmt werden soll. Würde man der Nordhaus-Logik folgen, so würde aus einem Welthandel, an dem auch Niedrigertragsländer teilnehmen können (der also eine Brücke zwischen Ungleichem schlägt), ein exklusiver Club der Hohertragsländer. Denn die vorgeschlagenen Klimaschutz-Maßnahmen sind immer kostenerhöhende Maßnahmen, die die Wertschöpfung belasten. Die hehre moralische „Weltklima-Rettung“ würde sich als schnödes Kartell entpuppen, mit dem einige reiche Länder anderen Ländern nur die Wahl lassen, sich mit höheren Kosten zu ruinieren oder von der internationalen Arbeitsteilung ausgeschlossen zu werden.

Glücklicherweise entwickeln sich die Dinge in der heutigen Welt so, dass die „Ausgeschlossenen“ längst so Viele und so Starke sind, dass sie ihre eigenen Außenhandelsbeziehungen zu ihren eigenen Bedingungen aufziehen können – am Nordhaus-Kartell vorbei.

(unveröffentlichtes Manuskript)